

# Täuschung der Bevölkerung

Ein Experte sagt, dass die Pro-Komitees der Konzernverantwortungsinitiative irreführend kommunizieren.

Hans Peter Putzi

In diversen Inseraten lassen die Pro-Komitees der Konzernverantwortungsinitiative (KVI) derzeit die Leserschaft wissen, dass mehrere Bündner Unternehmer Ja zur KVI sagen. Es ist ein Inserat, auf dem nur Bündner Köpfe abgebildet sind. Auch würden die BDP und die Junge CVP ein Ja zur «Konzernverantwortung» empfehlen. Fakt ist jedoch: Die BDP Graubünden hat die Nein-Parole beschlossen. Auch die Jungpartei der Bündner CVP spricht sich gemäss Präsident Fabian Collenberg gegen die Initiative aus. Es ist also ein schlitzohrig formuliertes und gestaltetes Inserat. Zwar im juristischen Sinn wohl keine direkte Täuschung, aber ebenso wenig eine faire und ehrliche Kommunikation.

## Keine Freude bei BDP

Noch einen weiteren Schritt in die Unehrlichkeit haben die Pro-Komitees mit ihrem Bündner Flyer getan. Das von mehreren Pro-Komitees gemeinsam zu verantwortende Papier wird auf Auftakt- und letzter Seite mit dem Bündner Wappen ohne Wenn und Aber als Bündner Ausgabe deklariert. Und im Anschluss an zwölf Bündner Köpfe auf der letzten Seite sind wiederum die Logos von BDP und Junger CVP zu sehen.

Ganz und gar nicht zur Freude der Bündner BDP: «Unter diesen Umständen kann davon ausgegangen werden, dass die BDP Graubünden die Initiative unterstützt, was aber nicht der Fall ist», sagt dazu Gian Michael, BDP-Fraktionschef im Grossen Rat. Auch wenn die Schweizer BDP die Ja-Parole gefasst hat: «Dieses Vorgehen ist in diesem Kontext nicht ehrlich und eine Täuschung der Bündner Stimmbewölkerung», ärgert sich Michael. Auch die Junge CVP ist nicht erfreut, ihr Logo auf dem Bündner Flyer der Pro-Komitees zu finden. «Eine un-



Unlautere Werbung: Die Bündner BDP und Junge CVP empfehlen nicht ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative.

Bild: Hans Peter Putzi

glückliche Situation, denn sie macht der Bündner Bevölkerung glaubhaft, dass unsere Partei die KVI unterstütze», so Fabian Collenberg, Präsident der Jungen CVP Graubünden. Auch weitere Bündner Politexponenten prangern die Methoden der Pro-Komitees inzwischen an, wie der Leserbrief von Norbert Mittner (Seite 11) zeigt.

## «Irreführender Eindruck»

Sich keines Fehlers bewusst ist Dominik Elser. Als Geschäftsführer des Bürgerlichen Pro-Komitees verantwortet er den Flyer

mit – und sagt: «Aufgeführt sind nationale Parteien und Organisationen, welche ein Ja zur Initiative empfehlen. Abgesehen davon war die Abstimmungszeitung bereits in den Briefkästen angekommen, als die BDP Graubünden ihre abweichende Parole bekannt gab.»

Dass Elser und seine Mitstreiter dennoch den Pfad der ehrlichen Tugenden verlassen haben dürften, zeigt die Nachfrage bei Martin Steiger, Rechtsanwalt und Spezialist für Medien- und Kommunikationsrecht. «Beim durchschnittlichen

Adressaten in Graubünden erweckt der Flyer den irreführenden Eindruck, die Bündner BDP und Junge CVP seien für die Initiative», so Steiger. Dazu passe, dass bei Grossrätin Heidi Clalüna ihre Zugehörigkeit zur BDP in den Vordergrund gerückt werde, obwohl es sich nur um eine abweichende Einzelmeinung handle.

## Fehlender Hinweis

Auch das Argument der frühen Drucklegung des Flyers lässt Steiger nicht gelten. Die Erklärung mit der noch nicht gefassten Parole falle auf die Pro-Komitees zurück: «Wenn in Graubünden noch keine Parole gefasst wurde, hätten BDP und Junge CVP auf diesem Flyer nicht oder nur mit einem klärenden Hinweis erwähnt werden dürfen.» Ein solcher Hinweis hätte gelautet, dass man sich auf die Parole der BDP Schweiz bezieht. Allerdings hätte ein solcher Hinweis laut Steiger nicht bloss im Kleingedruckten versteckt werden dürfen.

Unklar ist, ob sich die Pro-Komitees einer Verletzung des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb (UWG) schuldig machen. Die Schweizerische Lauterkeitskommission beurteilt nur kommerzielle, aber keine politische Werbung, wie deren Kommunikationsbeauftragte Thomas Meier mitteilt.

Rechtsanwalt Steiger jedoch will nicht von vornherein feststellen, dass das UWG in diesem Fall nicht zur Anwendung kommen könnte. Vorliegend könnte das UWG laut Steiger insofern anwendbar sein, als Äusserungen für und gegen die Initiative wirtschaftsrelevant sind. «Das ist daran feststellbar, weil die Pro-Komitees in meiner Wahrnehmung häufig direkt auf einzelne Unternehmen zielen.» Was Steiger meint: Konzerne wie Glencore oder Syngenta werden in der Kampagne bewusst und regelmässig als negative Beispiele erwähnt.

## Meldungen

### Wird Martin Candinas «höchster Schweizer»?

**Bern** Der Bündner Martin Candinas (CVP) und der Walliser Benjamin Roduit (CVP) stellen sich für das Amt des zweiten Vizepräsidenten des Nationalrats für das Jahr 2021 zur Verfügung. Dies schreibt die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP in einer Mitteilung von gestern. Sie freue sich «über zwei hervorragende Kandidaturen für dieses Amt». Der zweite Vizepräsident im Jahr 2021 wird turnusgemäss im Jahr 2023 das Nationalratspräsidium innehaben und somit als «höchster Schweizer» amten. Den Entscheid trifft die Mitte-Fraktion an ihrer vorbereitenden Fraktionssitzung am 21. November. Der letzte Nationalratspräsident aus Graubünden war Martin Bundi (SP) von Dezember 1985 bis Dezember 1986. (red)

### Gemeinde St. Moritz muss sparen

**St. Moritz** Der Gemeinderat St. Moritz hat am Donnerstagabend das Budget 2021 zuhanden der Urnenabstimmung verabschiedet. Dieses geht von einem Defizit von 3,6 Millionen Franken aus bei Investitionen in Höhe von 31,7 Millionen. Für die Jahre 2021 bis 2025 stehen St. Moritz Investitionen in Höhe von 180 Millionen Franken bevor. Der Gemeinderat wurde darüber informiert, dass Sparmassnahmen erforderlich werden und eine Steuererhöhung nötig werden könnte. (fh)

### 68-Jähriger verletzt sich bei Treppensturz schwer

**Splügen** Ein 68-Jähriger ist am Donnerstagabend in Splügen von der Aussentreppe eines Hauses rund zweieinhalb Meter auf einen Betonboden gestürzt. Der Unfall ereignete sich kurz nach 21 Uhr, wie die Kantonspolizei gestern mitteilte. Gemäss bisherigen Erkenntnissen sei der Mann ohne Fremdeinwirkung von der Treppe gestürzt. Ein Ambulanzteam und ein Dorfarzt kümmerten sich bis zum Eintreffen der Rega um den Mann. Mit schweren Kopfverletzungen wurde er anschliessend ins Kantonsspital geflogen. (red)

### Grünliberale fassen Ja-Parole

**Chur** Die Grünliberale Partei Graubünden hat anlässlich ihrer Mitgliederversammlung vor Kurzem die Ja-Parole zur Konzernverantwortungsinitiative sowie die Stimmfreigabe zur Kriegsgeschäfte-Initiative beschlossen. Dies schreibt die Partei in einer Mitteilung. (red)

### Dok-Film über Davoser Arktisforscher

**Davos** Die «Mosaik»-Expedition war die grösste Arktis-Expedition aller Zeiten. Mit dabei waren auch Forscherinnen und Forscher des Davoser Instituts für Schnee- und Lawinenforschung (SLF). Am kommenden Montag, 16. November, ab 20.15 Uhr zeigt der deutsche Fernsehsender ARD einen Dokumentarfilm über die Expedition in die Arktis. (red)

# Heimatschutz gibt sich dem Kanton geschlagen

Der historische Weg zwischen Disla und Madernal wird ausgebaut. Der Heimatschutz gibt den Widerstand auf.

Der historische Passweg zwischen Disla und Madernal bei Disentis wird verbreitert und besser befestigt. Er soll bald mit Lastwagen und grösseren Land- und forstwirtschaftlichen Maschinen befahrbar sein. Dagegen kämpften seit diesem Sommer der Bündner Heimatschutz und die Projektkritiker Köbi Gantenbein, Giusep Nay und Leo Tuor. Doch jetzt streicht der Heimatschutz als klageberechtigte Partei die Segel, wie er am Donnerstag mitteilte. Da die drei Privatpersonen nicht klageberechtigt sind, kann die Strasse definitiv gebaut werden.

Mit Verfügung vom 5. Oktober wies das kantonale Departement für Volkswirtschaft und Soziales gemäss Mitteilung das

Revisionsgesuch des Heimatschutzes gegen den Ausbau zur Strasse ab. Hinfällig wurde damit auch ein vom Bündner Verwaltungsgericht im September superprovisorisch verhängter Stopp der begonnenen Arbeiten.

## Unsichere Erfolgchancen

Auf einen Weiterzug des Revisionsgesuchs an das Verwaltungsgericht verzichtet der Heimatschutz nach Ablauf der 30-tägigen Beschwerdefrist. Gemäss Geschäftsführerin Ludmila Seifert werden die Erfolgchancen als zu unsicher eingestuft. Denn das Projekt ist seit 2018 bewilligt. Damals war der Heimatschutz nicht involviert, entsprechend erfolgte keine Beschwerde gegen den Ausbau des

Saumwegs. Andere Einsprachen aus Umweltschutzkreisen konnten nach Einigung mit der Meliorationskommission abgeschrieben werden.

Das aktuelle Revisionsgesuch beim Volkswirtschaftsdepartement reichte der Heimatschutz erst ein, nachdem die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) diesen Sommer ein Gutachten zum Ausbau des Weges erstellt hatte. Die Kommission kommt laut Heimatschutz zum «eindeutigen Schluss, dass dieses Strassenbauprojekt eine schwerwiegende Beeinträchtigung des historischen Objekts bedeuten würde».

Offenbar ist sich der Heimatschutz nun aber nicht sicher,

ob die Gerichte den nachträglichen Start eines juristischen Verfahrens positiv beurteilen würden. Denn grundsätzlich hätte der Heimatschutz bereits 2018 die Möglichkeit gehabt, juristisch gegen den Ausbau des historischen Saumpfad vorzugehen.

## «Bedenklicher Umgang»

Seifert sagte auf Anfrage, erst mit dem Gutachten seien neue Erkenntnisse gewonnen worden. Und der Heimatschutz habe gehofft, dass der Kanton aufgrund dieser neuen Tatsachen nochmals über die Bücher gehe. Denn es sei extrem stossend, dass mit Bundesgeld ein national geschütztes Objekt zerstört werde. Doch das Departement

von Regierungsrat Marcus Caduff, er ist selbst in der Surselva heimisch, fand kein Gehör für diese Interpretation.

Der Bündner Heimatschutz nimmt nun «mit Befremden zur Kenntnis, dass der Kanton die Beeinträchtigung und Zerstörung von national geschützten Objekten in voller Kenntnis der von den Behörden begangenen Fehler toleriert», wie er schreibt. Die Weigerung, die von der ENHK ins Feld geführten Argumente zu berücksichtigen, offenbare einen bedenklichen Umgang mit den bundesgesetzlichen Bestimmungen zum Natur- und Heimatschutz und zu den Bundesinventaren.

Hans Peter Putzi